



Einigung im Tarifstreit – Vertretbares Ergebnis Fünf Prozent mehr

Potsdam. Für den öffentlichen Dienst der Länder gibt es eine Tarifeinigung. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben im Tarifstreit um den öffentlichen Dienst der Länder einen Kompromiss erzielt. Unbefristete Streiks sind damit abgewendet.

Die Einkommen der 700.000 Beschäftigten der Länder werden in zwei Stufen um rund fünf Prozent, verteilt auf zwei Jahre, steigen. Aus diesen Schritten errechnet sich ein Gesamtvolumen von etwa 5 Prozent. Der Sockelbetrag schlägt mit rund 1,6 Prozent zu Buche. Berücksichtigt man dazu noch den tabellenwirksamen Einbau der Leistungszulage, beträgt das Volumen über die gesamte Laufzeit sogar 5,8 Prozent.

Auszubildende erhalten 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010. Im Tarifgebiet Ost werden zum 1. Januar 2010 alle Entgelte auf 100 Prozent des Westniveaus angepasst.

Das Verhandlungsergebnis im Einzelnen:

- Einmalzahlung insgesamt 40 Euro für Januar und Februar 2009
- Sockelbetrag 40 Euro ab 1. März 2009
- anschließend 3,0 Prozent ab 1. März 2009
- 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- keine Abkopplung des Tarifgebietes Ost
- Auszubildende 60 Euro ab 1. März 2009 und noch einmal 1,2 Prozent ab 1. März 2010
- Laufzeit bis 31. Dezember 2010

Auf dieses Ergebnis haben sich nach zähem Ringen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes mit den Arbeitgebern am Sonntag, den 1. März 2009, in der 4. Verhandlungsrunde in Potsdam geeinigt.

GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, Mitglied der Sondierungskommission: „Das ist ein vertretbares Ergebnis angesichts der sehr schwierigen Rahmenbedingungen, besonders für die unteren Einkommensgruppen. Ich freue mich, dass wir zudem erreichen konnten, dass die Einkommenserhöhungen zeitgleich für Ost und West gelten. Wir fordern die Länder auf, das Ergebnis zeit- und inhaltsgleich für die Beamtinnen und Beamten zu übernehmen.“

Kerstin Philipp, stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und zuständig für Tarifpolitik: „Die Kampfbereitschaft, die unsere Kolleginnen und Kollegen in den letzten zwei Wochen noch einmal unter Beweis gestellt haben, hat eindeutig zu diesem verbesserten Ergebnis geführt.“

Am Samstag, den 28. Februar 2009, waren die Verhandlungen nach vier Stunden unterbrochen worden. Beide Seiten hatten sich aber zuversichtlich über eine rasche Einigung gezeigt. Die Mitglieder der Sondierungskommission bezeichneten das Klima der Gespräche als konstruktiv.

Die Gewerkschaften hatten vor der Aufnahme der Gespräche angekündigt, die 4. Verhandlungsrunde in Potsdam sei "die entscheidende Runde und der letzte Versuch, zu einem Ergebnis zu kommen". Gebe es keinen Abschluss, werde es Urabstimmungen über einen unbefristeten Streik geben.



TARIFRUNDE LÄNDER 2009



Die Gewerkschaften haben – mit dem Rückenwind aus den Warnstreiks und Protestaktionen der vergangenen Wochen – das erste Angebot der Arbeitgeber vom 14. Februar deutlich verbessern können. Mit diesem Ergebnis haben die Gewerkschaften ihre Kernziele erreicht.

Die Einkommen im öffentlichen Dienst entwickeln sich wieder im Gleichklang, die Beschäftigten der Länder halten wieder Anschluss an ihre Kolleginnen und Kollegen bei Bund und Kommunen: Im Jahre 2009 kommen sie bis auf 10 Euro pro Monat an sie heran, im Jahr 2010 übertreffen sie dann sogar deren Werte.

Zu verdanken ist dieser Erfolg vor allem dem großen Engagement bei den Demonstrationen und Warnstreiks.

Der Einigung vorausgegangen waren harte Verhandlungen und ausgiebige Debatten in der Verhandlungs- und in den Tarifkommissionen. Mit großer Mehrheit billigte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft der Polizei das Verhandlungsergebnis. Das Ergebnis wurde insgesamt als vertretbarer Kompromiss, mit dem letztendlich lang andauernde Streiks abgewendet werden konnte, angenommen.

- Die Reallöhne bei den Ländern steigen wieder deutlich – nach Jahren des Verlusts: Im Durchschnitt werden die Tabellenentgelte 2009 um ca. 120 Euro und zusammen mit 2010 um ca. 155 Euro erhöht.
- Der Sockelbetrag bedeutet eine spürbare soziale Komponente, die im ersten Angebot der Arbeitgeber noch nicht vorgesehen war. Sie kommt vor allem den unteren Entgeltgruppen zugute.
- Die "Doppel-Null" ist vom Tisch, es gibt keine Nullmonate mehr.
- Für Auszubildende ist ebenfalls ein deutlicher Zuwachs erreicht. Ihre Vergütungen liegen nun sogar 13 bis 17 Euro über dem Niveau bei Bund und Kommunen.
- Die Beschäftigten in Ost und West werden gleich behandelt.
- Nicht zuletzt schafft das Ergebnis auch einen wichtigen Konjunkturimpuls.

Die Gewerkschaft der Polizei dankt allen Kolleginnen und Kollegen für die rege Teilnahme an den Aktionen, Demonstrationen und Warnstreiks!

